

SVP PRÄSENTIERT PAPIER ÜBER ERFOLGE UND MISSEERFOLGE

## Halbzeit-Bilanz und Ausblick bis 2011

Die SVP zieht Halbzeit-Bilanz zur Legislatur 2008-2011. Sie hat ein umfassendes Bilanz-Papier über die Erfolge und Misserfolge erstellt. Dank dem Einsatz der SVP konnten unter anderem die Pirateneinsätze vor Somalia verhindert und die Steuern um 1,6 Milliarden Franken gesenkt werden. Ebenfalls wird das Volk dank der Ausschaffungsinitiative der SVP bald über mehr Sicherheit für alle abstimmen können. Zudem hat die Partei in 8 von 11 kantonalen Wahlgängen gewonnen.



NATIONALRAT  
TONI BRUNNER  
PRÄS. SVP SCHWEIZ  
EBNAT-KAPPEL

Die SVP hat sich im Vertrag mit dem Volk wie folgt gebunden und zieht Bilanz aufgrund dieser Wahlsprechungen:

- Wir wollen für alle die Steuern senken
- Wir wollen der Europäischen Union nicht beitreten
- Wir wollen die kriminellen Ausländer ausschaffen

Auf vieles in der ersten Legislaturhälfte bin ich nicht stolz, aber ich kann zu mindest verkünden, dass wir erreichen konnten, dass die Steuerbelastung um 1,57 Milliarden Franken für alle gesenkt wurde. Leider wurden gegen den Willen der SVP die Abgaben und Steuern gleichzeitig um über 1,6 Milliarden Franken erhöht. Ebenfalls hat die SVP einen konsequenten Sparkurs eingehalten. Einmal mehr haben aber die anderen Parteien höhere Ausgaben gegen den Willen der SVP im Umfang von über 12,7 Milliarden Franken beschlossen.

Dank der SVP fand eine ausserordentliche Session zum Thema «Verschärfung des Strafrechts» statt. Leider hat der Ständerat bereits etliche vom Nationalrat überwiesene Forderungen wieder rückgängig gemacht oder abgeschwächt. Ebenfalls denke ich an die vom Ständerat verfolgte Verzögerungstaktik im Zusammenhang mit der dringend notwendigen Ausschaffungs-

initiative; dies alles nur aus Angst, dass auch diese Initiative vom Volk angenommen werden könnte.

Dank der SVP mussten Bundesrat und Parlament in der Landwirtschaft handeln und Massnahmen zur Stabilisierung des Milchmarktes ergreifen. Der «Bauernaufstand» von Sempach und die von der SVP initiierte Sondersession haben ihre Wirkung nicht verfehlt.

Die negativen Konsequenzen der Personenfreizügigkeit beginnen sich jetzt immer deutlicher zu zeigen. Deshalb hat die SVP die Kündigung dieser Verträge mit anschliessender Neuverhandlung gefordert. Dazu hat die SVP in der Wintersession 2009 auch eine ausserordentliche Session verlangt.

### Wahlerfolge und Mitgliederzuwachs

Als Parteipräsident bin ich natürlich stolz darauf verkünden zu dürfen, dass die SVP in 8 von 11 kantonalen Wahlen in der ersten Legislaturhälfte gewonnen hat. Insbesondere zeigt sich, dass da, wo die Kantonalparteien und deren Fraktionen eine seriöse, klar ausgerichtete Politik gemacht haben, sich dies bei den Wählern ausbezahlt hat. Ebenfalls freut es mich, dass wir über 10 000 neue Mitglieder begrüssen durften. Währenddem SP, FDP und CVP gesamt über 100 Sitze in den kantonalen Parlamenten verloren haben, kann die SVP als einzige 12 Sitze dazu gewinnen.

### Auf der Seite des Volkes

Der Vertrag mit dem Volk bleibt für die SVP ganz klar Richtschnur auch für

die zweite Legislaturhälfte. Das demokratische Verhalten der Klasse Politique im Nachgang zum Ja des Volkes zur Minarettinitiative hat klar aufgezeigt, dass die direkte Demokratie von dieser Seite gefährdet ist. Aber nicht nur von linker Seite droht Gefahr. Kaum spricht die SVP offen aus, was alle im Land denken, dass nämlich die Konsequenzen der Personenfreizügigkeit weit schlimmer sind als ursprünglich angenommen, da droht die FDP unverhohlen, dass es sonst nur noch einen Weg gäbe, nämlich den, der EU beizutreten. Da kommt das wahre Gesicht zum Vorschein. Wie viel einfacher wäre es doch, ohne Volk zu regieren.

Die SVP will das Volk noch stärker als bis anhin involvieren. Dabei denke ich einerseits an die Familieninitiative, die auch Betreuungsabzüge für Eltern verlangt, die ihre Kinder selber betreuen oder an die Volksinitiative zur Volkswahl des Bundesrates. Insbesondere denke ich an die Möglichkeit einer breit angelegten Volksvernehmlassung zu den Sorgen der Schweizer Bürgerinnen und Bürger und entsprechenden Problemlösungsansätzen. Wir prüfen auch eine Hotline für Anliegen des Volkes. Auch wenn die SVP nach einem Jahr in der Opposition seit einem Jahr wieder im Bundesrat – wenn auch untervertreten – präsent ist, so ist ihr Hauptanliegen, nämlich auf der Seite des Volkes zu stehen, unverändert.

Der umfassende Bericht zur Legislaturzwischenbilanz 2008–2011 ist auf [www.svp.ch](http://www.svp.ch) abrufbar.

ABSURDER GEBÜHRENANSPRUCH

## Gebührenterror gegen Gewerbebetriebe

Die Billag geht derzeit auf KMU los. Alleine im letzten Jahr sollten von 130 000 Betrieben neue Gebühren eingetrieben werden. Taxifahrer, Lastwagenauffeure und Kleinbetriebe werden in die Zange genommen. Sie werden neu zur Kasse gebeten oder müssen sogar rückwirkend zahlen.



NATALIE RICKLI  
NATIONALRÄTIN SVP  
WINTERTHUR

Wer in der Schweiz Radio hört oder Fernsehen schaut, muss Empfangsgebühren bezahlen. Mit diesen Gebühren wird in erster Linie die SRG finanziert. Jährlich fließen der SRG so über 1,12 Milliarden Franken zu – und zwar unabhängig davon, ob man die SRG-Programme nutzt oder nicht. Die Gebühren steigen stetig: Während ein Haushalt im Jahr 1987 noch 280 Franken Gebühren zahlen musste, waren es 2007 schon 462 Franken. Firmen werden zusätzlich zur Kasse gebeten. Auch der Kreis der Gebührenpflichtigen wird ständig ausgeweitet: Neu müssen auch diejenigen zahlen, die ein empfangsbereites Handy oder einen PC haben, unabhängig davon, ob sie das Angebot nutzen. Gerade die Firmen werden so massiv zur Kasse gebeten. Dazu habe ich einen Vorstoss eingereicht mit dem Ziel, diesen Entscheid rückgängig zu machen. Die Kommissionsmehrheit hat diesen Vorstoss sistiert. Ebenso wurde meine Forderung abgelehnt, das Inkasso (Billag) auf den nächstmöglichen Termin zu kündigen. Immerhin hat der Nationalrat vom Bundesrat einen Bericht verlangt, welcher das Inkasso-System und den Kreis der gebührenpflichtigen Geräte untersuchen soll. Statt diesen Bericht zu verfassen, ist der BAKOM-Direktor kürzlich vorgeprescht und hat die Billag quasi unter Heimatschutz gestellt. Er liess verlauten, es gebe eigentlich keine bessere und günstigere Inkassovariante als die heutige.

Schlimmer noch: Die Gebühren sollen auf alle Haushalte ausgedehnt werden, also auch auf jene 2-3 Prozent, die keinen Fernseher oder Radio besitzen. Das ist absurd; denn eine Gebühr bezahlt man für eine Leistung, die man in Anspruch nimmt. Sonst müssten ja auch die Fussgänger eine Autobahnvignette kaufen, weil sie rein theoretisch in der Lage wären, die Autobahnen zu benutzen.

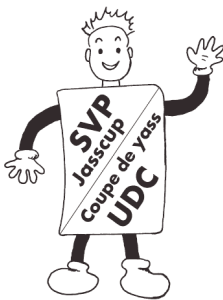
### Intransparente Billag

Die Billag AG, eine 100%-Tochter der Swisscom, wurde 1997 eigens für das Gebühreninkasso gegründet. Für dieses Inkasso, sprich um die Rechnungen für die Radio- und Fernsehgebühren zu verschicken, erhält die Billag jährlich zirka 53 Millionen Franken (aus Gebührengeldern). Die Rechnungen der Billag sind geheim. Erst auf Druck aus dem Parlament hat der Bundesrat die Rechnung offengelegt. Nur so kam zum Vorschein, dass die Billag 2008 einen Gewinn von über 3 Millionen Franken erzielte. Was damit geschieht, ist bis heute unklar. Der Bundesrat wird gebeten, die Rechnung 2009 offenzulegen und weitere Fragen zu beantworten.

### Service public definieren

Neben dem Sparpotenzial bei der Billag, müssen wir die längst fällige Diskussion zum «Service public» führen: Der Kernauftrag der SRG ist zu definieren. Und nur dafür sollen Gebühren bezahlt werden müssen. Diese wiederum sind langfristig zu senken; Gebührenerhöhungen kommen nicht in Frage. Bisher war der Druck auf die Politik zu wenig gross, um dem Treiben der Billag Einhalt zu gebieten und sich gegen Gebührenerhöhungen zu wehren. Zum Glück hat sich nun der Gewerbeverband eingeschaltet. Denn gerade die Kleinunternehmen sind die Geplatteten: Zahlen sie zuhause schon Gebühren, werden sie im Kleinbetrieb noch einmal zur Kasse gebeten. Dieser staatliche Gebührenterror muss ein Ende haben.

Vorerst hoffe ich auf Unterstützung meiner Parlamentarischen Initiativen «Keine Gebühren für Handy und PC» und «Kompetenz für Radio- und Fernsehgebühren beim Parlament»: Meiner Ansicht nach soll das Parlament über die Gebührenhöhe entscheiden. Heute liegt dieser Entscheid alleine beim Bundesrat, welcher immer wieder auf die Forderungen der SRG eingegangen ist. Darum zahlen wir so hohe Gebühren. Es ist höchste Zeit, dass die Interessen der Gebührentzahler vertreten werden. Und schliesslich sind wir Parlamentarier die Volksvertreter.



10. Nationaler SVP Jasscup mit der SVP-Fraktion



Jubiläums - Jasscup der SVP  
Samstag, 20. Februar 2010 in der Linth-Arena SGU, Oberurnerstrasse, 8752 Näfels

**Wann: Samstag, 20. Februar 2010**

Beginn 10.30 - ca. 15.00 Uhr  
(Jasszettel-Ausgabe ab 09.00 Uhr)

**Ort: Sportzentrum Linth-Arena SGU, Oberurnerstrasse, 8752 Näfels (GL)**

Das Sportzentrum Linth-Arena SGU bietet genügend Parkplätze.  
Zugreisende fahren bis Ziegelbrücke, ab dem Bahnhof verkehrt ein Shuttlebus.

### Organisation

Durch die SVP Kanton Glarus mit OK-Präsidenten Marc Ziltener und dem Jass-Obmann der SVP Schweiz, Nationalrat Bruno Zuppiger (Hinwil)

### Modus

Schieber mit zugellostem Partner (vier Passen à 12 Spiele, schlechteste Passe = Streichpasse, gewertet werden also drei Passen mit 36 Spielen). Detailliertes Reglement liegt auf.

### Kartenart

Französische und Deutschschweizer Karten

### Preise

Wanderpreis für die Siegerin oder den Sieger sowie eine Vielzahl von schönen und attraktiven Preisen mit zusätzlichem Schätzwettbewerb

### Teilnahmegebühr

Fr. 30.- sind an der Eingangskasse zu bezahlen.

Zu diesem gemütlichen Anlass sind alle SVP-Politiker, SVP-Mitglieder und SVP-Sympathisanten sowie alle Jassfreunde herzlich eingeladen. Auch „Nicht-Jasser“ sind selbstverständlich herzlich willkommen!

Aus organisatorischen Gründen bitten wir Sie, sich mit dem unten stehenden Talon anzumelden.

### Anmeldetalon

Ich melde mich für den 10. Nationalen (Jubiläums-Jasscup) an:

Deutschschweizer Karten  Französische Karten  Kartenzuteilung egal

Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

PLZ: \_\_\_\_\_ Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_ E-Mail oder Fax: \_\_\_\_\_

Talon bis zum 14. Februar 2010 einsenden an: Generalsekretariat SVP, Brückfeldstrasse 18, Postfach 8252, 3001 Bern, Tel. 031 300 58 58 – Fax 031 300 58 59 – E-Mail: [merian@svp.ch](mailto:merian@svp.ch)

## DER AKTUELLE VORSTOSS

### Interpellation: Offenlegung der Rechnungen 2008/2009 mit Details

NATALIE RICKLI  
NATIONALRÄTIN SVP  
WINTERTHUR

Die Billag bleibt für Private und für Firmen ein Ärgernis. Derzeit hat die Billag KMU im Visier. In diesem Jahr sollen von 130 000 Betrieben neue Gebühren eingetrieben werden, auch rückwirkend. Der Bundesrat sieht keinen Handlungsbedarf und verweist auf das RTVG. Das ist nicht akzeptabel. Diese Gebühren belasten viele Kleinbetriebe massiv. Warum müssen Firmen überhaupt Gebühren bezahlen?  
In der KVF-Sitzung von Ende Februar 2010 werden die Billag, das Inkasso und die Gebühren Thema sein. Um eine umfassende Analyse vornehmen zu können, braucht es zusätzlich zu den Antworten auf die Interpellationen 08.354 und 09.3151 weitere Informationen. Ich bitte den Bundesrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Warum werden auch Firmen der Gebührenpflicht unterstellt? Radio hören und fernsehen können ja nur natürliche Personen – und dies auch nur an einem Ort.
2. Ist es korrekt, dass 10 Mio. Franken eingespart werden könnten, wenn die Rechnungen nicht viermal jährlich, sondern nur einmal verschickt würden?
3. Welchen Mehrertrag brachte die RTVV-Änderung, dass auch Gebühren für Handys und PC zu bezahlen sind?
4. Wie präsentiert sich die Rechnung

2009 der Billag (mit Aufwandsdetails und Gewinn)?

5. 2008 macht die Billag einen Gewinn von 3 Mio. Franken. Wie viel Gewinn machte die Billag seit ihrer Gründung bis heute? Was passiert mit dem Gewinn?

6. Wie hoch ist der Unternehmenswert der Billag?

7. Wie viele Franken wurden 2008 und 2009 aufgeschlüsselt auf die Einzelpositionen eingenommen:

- Privater Empfang
  - Gebühren für Betriebe, unterteilt nach gewerblichem und kommerziellem Empfang
  - Kommerzieller Empfang aufgeschlüsselt nach Kategorie I, II, III
8. Wie viele Franken wurden zusätzlich durch Suisa-Gebühren eingenommen?

9. Wie viele Franken wurden rückwirkend eingetrieben? Wie hoch ist der Ertrag aus Mahngeldern?

10. Wie viele Strafverfahren und Betreibungen wurden bislang eingeleitet?

11. Wieso will der Bundesrat nicht beantworten, warum der bisherige Billag-Direktor das Unternehmen abrupt verlassen hat und ob er eine Abgangsentschädigung erhalten hat? Die Löhne werden schliesslich mit Zwangsgebühren bezahlt.

12. Der Interims-Direktor der Billag arbeitete früher beim Bakom. Sieht der Bundesrat hier keinen Interessenkonflikt?